

## Sternwallfahrt 2008

„Ihr seid das Salz der Erde“, ist das Motto der diesjährigen Sternwallfahrt nach Dörnschlade. Die Wallfahrt von KAB-Familien und CAJ-Jugend findet am 31. August statt und beginnt um 10 Uhr an der St.-Marien-Kirche im sauerländischen Altenhof. Die Wallfahrt wird mit dem nachgebilde-

ten CAJ-Weltjugendtagskreuz unternommen. Zelebrant der KAB-/CAJ-Wallfahrt ist Prälat Dr. Peter Klasvogt von der Kath. Akademie Schwerte und St.-Klemens-Kommende in Dortmund. Im Anschluss an den Wallfahrtsgottesdienst besteht die Möglichkeit zu Begegnung und Gespräch.

## Bildung für Europa

Bildung ist ein wichtiger Baustein für ein soziales Europa. Dies erklärte der Direktor des European Trade Union Institute für Research, Education and Health and Safety (ETUI-REHS) in Brüssel als wichtigstes Anliegen für eine zukünftige europäische Sozialcharta von unten. Der Leiter der Bildungsab-

teilung beim Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) beteiligte sich an der Europa-Kampagne der KAB. Schnell entschied sich für die Forderung aus dem KAB-Leitantrag, in dem angemahnt wird, dass alle Europäer eine kostenlose Erstausbildung erhalten, denn „Bildung ist Teilhabe“.

## Schulstart ohne Not

Unter diesem Motto unterstützt die KAB im Bistum Rottenburg-Stuttgart Familien, die von Armut betroffen sind. Gemeinsam mit der Caritas, dem Diakonischen Werk Göppingen und dem „netzwerk arbeitSwelt“ bietet die KAB im Regionalbüro Göppingen zum diesjährigen Schulstart finanziell schwachen Familien Schulranzen und Arbeitsmaterialien für 20 Euro an. In den Caritas-Tafelläden können betroffene Familien sich für den Schulstart ihrer Kinder rüsten. „Es geht darum, dass

Kinder und Familien nicht am 1. Schultag diskriminiert werden“, erklärt KAB-Sekretär Arkos Csernai-Weimer. Die Aktion ist gleichzeitig ein Appell an Politiker und Spender, Kinder aus Familien mit geringem Einkommen gerechte Bildungschancen zu schaffen. Allein in Göppingen wurden 200 Kindern in diesem Jahr eingeschult, deren Eltern Arbeitslosengeld II beziehen. Der KAB-Sekretär hofft, dass diese Initiative auch in anderen Diözesen Nachahmer findet.

# „Überhang bei den Auszubildenden abbauen“

KAB übt Kritik an DIHT-Forderungen zur Anwerbung ausländischer Jugendlicher

Kritik an Forderungen seitens der Wirtschaft und Politik, Auszubildende aus dem Ausland anzuwerben, übte KAB-Bundesvorsitzender Georg Hupfauer in einem Interview mit dem Kölner „dom-radio“.

„Es gibt in der Bundesrepublik noch genügend junge Menschen, die ausgebildet werden können und müssen“, sagte Hupfauer. „Die Zahl der Altbewerber ist noch so hoch, dass genügend junge Menschen in der Industrie ausgebildet werden können.“ Er forderte entgegen den Plänen des Deutschen Industrie- und Handelstags (DIHT), den Schwerpunkt auf die jungen Menschen in Deutschland zu legen. Trotz des jüngst angekündigten Überhangs an Ausbildungsplätzen gäbe es in Deutschland immer noch 300000 Altbewerber aus den letzten Jahren, die in Warteschleifen, bei Bildungsträgern und in berufsbildenden Schulen darauf warten, endlich qualifiziert ausgebildet zu werden, betonte der Bundesvorsitzende.

Schulische und soziale Mängel der jungen Menschen, die Industrie und Handwerk immer wieder anführen, will Hupfauer nicht gelten lassen. Industrie und Handwerk forderte er deshalb auf, mitzuhelfen, dass die jungen Menschen fit gemacht werden für eine Ausbildung.



„Es gibt in der Bundesrepublik noch genügend junge Menschen, die ausgebildet werden können und müssen.“ Fotos: Rabbe

Kritik übte der KAB-Bundesvorsitzende auch an der Bundesregierung und den Ländern. „Es müssten von der Bundesregierung und auch von der Bundesagentur für Arbeit Mittel für ausbildungsbegleitende Hilfen oder berufsvorbereitende Maßnahmen bereitgestellt werden. Hier ist in den letzten Jahren massiv gespart worden, und man darf sich deshalb jetzt nicht beschweren, dass qualifizierte Jugendliche für Ausbildungsplätze fehlen“, betonte Hupfauer.

Er warnte gleichzeitig davor, zu glauben, dass es einfach wäre, Ju-

gendliche aus Tschechien oder Polen für Ausbildungsplätze in Deutschland zu gewinnen. Viele sprächen kein Deutsch, weil auch in diesen Ländern der Schüleranteil, der Deutsch lernt, stark zurückgegangen ist.

Gleiches gilt für die Absicht, ab 2010 Auszubildende EU-weit anzuwerben. Hier sieht Hupfauer nicht nur persönliche Schwierigkeiten für die jungen Menschen, sondern auch ein soziales Gefälle entstehen, dass bereits jetzt in den neuen Bundesländern zu beobachten ist. Viele Länder würden ihre qualifizierten

jungen Menschen verlieren und die ärmeren Regionen Europas „ausbluten“. Diese Entwicklung sei bereits in den neuen Bundesländern zu beobachten, wo junge Menschen nach Bayern oder Baden-Württemberg gegangen sind und viele lernschwache Jugendliche in den Regionen, wo Arbeits- und Ausbildungsplätze fehlten, noch schwerer zu vermitteln seien. „Es kann doch nicht sein, dass wir so massiv in die regionalen Entwicklungen eingreifen“, sagte der KAB-Vorsitzende in dem Radio-Interview. Er forderte, dass mehr Geld bereitgestellt wird, um lernschwache und sozial benachteiligte Jugendliche gezielt zu fördern und ihnen eine qualifizierte Ausbildung zukommen zu lassen.



**Eindeutige Position.** KAB-Vorsitzender Georg Hupfauer.

# Steigende Preise – sinkende Löhne

KAB und EGB befürchten Lohndumping von oben

Gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) hat sich die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB) gegen ein „Lohndumping von oben“ ausgesprochen.

Auf der zweiten Dialogtagung von Gewerkschaften, Arbeitnehmerorganisationen und Kirchenvertretern in Brüssel betonten KAB und EGB, dass „der freie Dienstleistungsverkehr im Binnenmarkt Europa nicht auf Kosten der Arbeitnehmer und Arbeitneh-

merinnen gehen darf“. Kritik übten beide Arbeitnehmerorganisationen insbesondere an dem jüngsten Luxemburger Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH). „Ein fairer und gerechter Lohn muss sich an den Bedingungen der jeweiligen Länder orientieren, in dem eine Leistung erbracht wird“, so KAB und EGB. Nationale Sozialstandards bei Arbeitnehmerrechten und nationale Mindestlöhne dürfen nicht durch die europäische Gesetzgebung oder europäische

Gerichtsurteile außer Kraft gesetzt werden.

Die Dialogtagung in Brüssel, die von KAB, dem Europäischen Zentrum für Arbeitnehmerfragen (EZA) und dem Bildungsinstitut des EGB durchgeführt wurde und an der Kirchen- und Arbeitnehmervertreter aus zwölf Ländern Europas teilnahmen, stand unter dem Motto „Gerechter Lohn und faire Einkommen in Europa“.

Viele Vertreter unterstrichen die Notwendigkeit eines Mindestlohns.

Besonders die Vertreter aus den osteuropäischen Ländern Ungarn, Litauen und Rumänien unterstrichen die Forderung nach Mindestlöhnen, da immer mehr Menschen von ihrem Einkommen nicht mehr ihre Existenz bestreiten können. Angesichts steigender Preise und sinkender Löhne in Europa sprachen sich die TeilnehmerInnen für eine engere Zusammenarbeit auf europäischer und nationaler Ebene aus. Viele Arbeitnehmer sind arm trotz Arbeit, so das Fazit.



**Besonders Arbeitnehmervertreter** aus den osteuropäischen Ländern setzen auf einen fairen Mindestlohn. Fotos: Rabbe

# Keine zwei Geschwindigkeiten

KAB-Europaexperte Schäfers zur Krise der EU

Frankreich hatte mit seinem „Non“ Europa in eine Krise gestürzt. Nach dem jüngsten „No“ der Iren zum EU-Reformvertrag muss der französische Präsident Nicolas Sarkozy, der seit Juni die EU-Ratspräsidentschaft hat, selbst die Europäische Gemeinschaft wieder voranbringen. Dr. Michael Schäfers, Leiter des Grundsatzreferates der KAB Deutschlands, setzt in einem Online-Interview, das RuhrWort im Folgenden abdruckt, auf den Ausbau eines sozialen Europas.

**Frage:** Sind die Iren schuld, dass es jetzt mit den Reformen in Europa nicht weitergeht?

**Michael Schäfers:** Die Iren haben demokratisch gewählt und das Ergebnis der Wahl ist zu akzeptieren. Sie sind nicht das „schwarze Schaf“ in der Europäischen Union. Viele Iren wissen, wie das Land vom Europäischen Einigungsprozess wirtschaftlich profitiert hat, aber sie sind offensichtlich verunsichert und deshalb nicht zur Wahl gegangen. Der Reformprozess steckt auf mehreren Ebenen. Polens Staatspräsident weigert sich trotz der Zustimmung des Parlamentes im April, den Reformvertrag in Kraft zu setzen. Das Ratifizierungsverfahren in Tschechien ist weiter offen, da ein Urteil des Verfassungsgerichts abgewartet wird. In Deutschland haben wir eine ähnliche Situation. Bundespräsident Köhler will ebenfalls abwarten, was die höchsten Richter in Karlsruhe in den Verfahren entscheiden werden. Diese

Schwierigkeiten beständen auch ohne das Votum der Iren.

**Frage:** Das heißt also „Stillstand“ auf der ganzen Linie?

**Schäfers:** Das bleibt abzuwarten. Europa hat viele schwierige Situationen erlebt. Bedauerlich ist, dass es derzeit keine wirklichen Vorschläge gibt, wie der Reform- und Einigungsprozess auf eine solide und für die Bürgerinnen und Bürger in Europa akzeptable Grundlage gestellt werden kann. Die Fehler liegen am Anfang. Mit „Augen zu und weiter durch“ wird es wohl nicht getan sein, denn es geht um grundlegende Probleme bei der Akzeptanz der Entwicklung der Europäischen Union...

**Frage:** ... und welche sind das?

**Schäfers:** Nach der Ablehnung des europäischen Verfassungsvertrags durch die französischen und niederländischen Bürgerinnen und Bürger hat die Umfrage „Die Zukunft Eu-

ropas“ schon im Mai 2006 deutlich gezeigt, wo die Schwachstellen liegen. Die Menschen in Europa wollen ein starkes, demokratisches und gemeinsam handelndes Europa gerade auch in sozialen Fragen, wie zum Beispiel der Sicherheit am Arbeitsplatz, bei den sozialen Rechten und nicht zuletzt ein stärker vereinigtes Sozialsystem in Europa auf hohem Niveau. Da ist wenig passiert. Das soziale Sicherheitsbedürfnis wurde kaum aufgegriffen. Im Gegenteil: Durch die europäische Dienstleistungsrichtlinie zum Beispiel oder Urteile des Europäischen Gerichtshofes sind Ängste und Unsicherheiten eher gewachsen. Das soziale Europa wird gegenüber dem Wirtschaftsraum eindeutig vernachlässigt. Das wollen die Bürgerinnen und Bürger in Europa aber nicht.

**Frage:** Aber da geschieht doch einiges. Auch im Reformvertrag werden die sozialen Rechte herausgestellt...

**Schäfers:** ... aber nicht deutlich genug und konkret, zudem im Stellenwert relativiert. Der freie Wirtschaftsraum steht im Vordergrund. Von einer sozialen Marktwirtschaft als europäisches Modell sind wir weit entfernt. Diese Kritik ist ja von



**Dr. Michael Schäfers,** Leiter des Grundsatzreferates der KAB Deutschlands

vielen Seiten schon im Vorfeld des gescheiterten Verfassungsvertrages geäußert worden. Durch die europäische Arbeitszeitrichtlinie oder jetzt durch die Diskussion zu den Rechten der Eurobetriebsräte wird kein ermutigendes Vorgehen hin auf ein sozialeres Europa für die Bürgerinnen und Bürger erkennbar. Daran müssen wir alle arbeiten, denn nur ein soziales Europa hat Zukunft. Der europäische Einigungsprozess geht nur dann voran...

**Frage:** Aber die sogenannte „Sozialagenda“ ist doch auf dem Weg: Antidiskriminierungsrichtlinien, Reform der Europäischen Betriebsräte, Rechte von Kassenpatienten...

**Schäfers:** ... wichtig ist, dass die Diskussion endlich eröffnet wird. Aber sie muss auch eine klare Richtung zeigen. Ein bisschen „Soziales“ als Feigenblatt für die Kommission hilft nicht weiter. Was diskutiert wird, ist an vielen Stellen

halbherzig. Informations- und Konsultationsrechte der Eurobetriebsräte befinden sich auch nach dem derzeitigen Entwurf geradezu auf einem lächerlichen Stand, von wirklichen Mitbestimmungsrechten wie zum Beispiel über Standortverlagerungen usw. ganz zu schweigen. Eine europäische Unternehmensverfassung, wie sie die KAB fordert, ist nicht mal in Ansätzen zu erkennen. Weiterhin soll gelten, dass Eurobetriebsräte erst ab mindestens 1000 Beschäftigte gegründet werden sollen. Darunter bleibt eine mitbestimmungsfreie Zone oder eine mit minderen Mitbestimmungsmöglichkeiten. Das ist weder sachgerecht noch den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln.

**Frage:** Was kann in der derzeitigen Krise helfen?

**Schäfers:** Jedenfalls kein „Kerneuropa“ oder das Modell eines „Europas der zwei Geschwindigkeiten“ nach dem Motto: Die Guten bleiben im europäischen Töpfchen, die Schlechten im Abseits. Das wäre das Ende des europäischen Einigungsprozesses. Übrigens auch für ein soziales Europa. Europa benötigt auf allen Ebenen eine Demokratisierung, die ihren stärksten Ausdruck in einer deutlichen Auf-

wertung des Europäischen Parlaments finden muss. Der gescheiterte europäische Verfassungsvertrag und auch der Reformvertrag sollten ein Mittel dazu sein. Versagt dieses Mittel nun, muss über neue nachgedacht werden. Umso demokratischer dieses Mittel gestaltet wird, umso deutlicher soziale Rechte dabei betont werden, desto höher wird die Zustimmung bei den Bürgerinnen und Bürgern sein. Der Phantasia sind dabei keine Grenzen gesetzt – auch im anstehenden Europawahlkampf.

### Impressum

Die KAB-Nachrichten im RuhrWort erscheinen in jeder dritten RW-Ausgabe des Monats.  
**Verantwortlich:** Diözesanleitung der KAB im Bistum Essen (Diözesanvorsitzender Johannes Strickerschmidt, Diözesansekretär Winfried Fockenberger).  
**Redaktion:** Wolfgang Heinberg (verantwortlich), DP André Müller.  
**Kontakt:** Telefon: 0201-878910